Forderungspapier des Weltacker-Jugendrats

Übergabe an Senatsverwaltung UMVK Berlin am 12.12.2022

Ein Projekt des 2000 m² Weltacker Berlin der Zukunftsstiftung Landwirtschaft. Gefördert durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz.

Mehr Informationen zum Projekt unter www.2000m2.de

GLS Treuhand
Zukunftsstiftung
Landwirtschaft

Senatsverwaltung
für Umwelt, Mobilität,
Verbraucher- und Klimaschutz

BERLIN

Einleitung

Ernährung ist ein ressortübergreifendes Thema, das alle Menschen betrifft, und die Art und Weise, wie wir uns ernähren und wie unser Essen produziert wird, hat erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit unseres Planeten und die Gesundheit der Menschen. Die globale Süßwassernutzung ist zu siebzig Prozent auf Ernährungssysteme zurückzuführen, aber auch bei Landnutzungsänderungen, Biodiversitätsverlusten sowie Störungen der Nährstoffkreisläufe sind Ernährungssysteme Hauptverursacher. Auch ein Drittel der Treibhausgase geht auf Kosten der Lebensmittel-Wertschöpfungsketten. Wir befinden uns längst in einer Ernährungskrise, auf ökologischer, aber auch auf sozialer Ebene. Die Zahl der hungerleidenden Personen steigt, während gleichzeitig Milliarden Menschen an ernährungsbedingtem Mehrgewicht leiden. Doch nicht nur auf globaler Ebene sind die Probleme spürbar, auch das städtische Ernährungssystem Berlins mit der Region Brandenburg steht vor Herausforderungen.

Der Weltacker-Jugendrat besteht aus jungen Berliner:innen zwischen 15 und 21 Jahren, die sich seit September 2022 intensiv mit Themen rund um das Berliner Ernährungssystem sowie mit der Berliner Ernährungsstrategie beschäftigen. In vier Gesprächen mit Berliner Abgeordneten wurde diskutiert und Handlungsvorschläge besprochen. Ein besonderer Fokus lag auf dem Thema Ernährungsbildung in Schulen und in der Öffentlichkeit. Neben eigenen Erfahrungen aus der Schulzeit wurden mittels einer Online-Umfrage weitere Stimmen aus Berliner Oberschulen in die Forderungen einbezogen. Außerdem wurde über ein sozial-gerechtes Ernährungssystem debattiert und die strukturelle Ungerechtigkeit des globalen Ernährungssystems mit postkolonialer Perspektive beleuchtet. Wie kann in Berlin ALLEN Zugang zu gesundem und nachhaltig produziertem Essen ermöglicht werden? Welche Schritte müssen getan werden, damit Landwirt:innen in Brandenburg fair entlohnt werden? Die Themen Nachhaltige Landwirtschaft und Ressourcennutzung und Regionale Wertschöpfungskette Berlin/Brandenburg wurden durch einen Hofbesuch lebhaft erfahren und die Bedürfnisse der Landwirt:innen vor Ort erfragt. Darüber hinaus trafen die Jugendlichen auf externe Expert:innen und recherchierten eigenständig oder in Gruppenarbeit zu den verschiedenen Themen. Wissen wurde geteilt, es wurde viel diskutiert und natürlich gemeinsam planetarisch-kulinarisch gekocht.

Mit Blick auf die Überschreitung der planetaren Belastungsgrenzen und aktuelle Krisen fordert der Jugendrat sofortige politische Maßnahmen für ein gesundes und nachhaltiges Ernährungssystem. Berlin muss vorhandene Potenziale für eine Ernährungswende wahrnehmen und mit Vorreiterrolle vorangehen. Der Jugendrat fordert: **Handeln Sie jetzt, es ist unsere Zukunft!**

UNSERE FORDERUNGEN

- Ernährungsbildung
  - Forderung 1: Integration von Ernährungsbildung in Schulalltag und Unterricht
  - Forderung 2: Lebensmittelpunkte fördern
- Sozial-gerechtes Ernährungssystem
  - Forderung 3: Faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft
  - Forderung 4: Allen Menschen Zugang zu gutem Essen ermöglichen
- Wertschöpfungskette Berlin/Brandenburg
  - Forderung 5: Lebensmittelverschwendung stoppen
  - Forderung 6: Ressourcen schützen
  - Forderung 7: Urbanes Gärtnern stärken
  - Forderung 8: Zusammenarbeit mit Brandenburg stärken und Strukturen für regionale Wertschöpfungsketten schaffen
- Ernährungswende in Berlin vorantreiben
  - Forderung 9: ErnährungsCampus als zentralen Ort der Ernährungswende fördern

Ernährungsbildung

Der Mangel an gesunder Ernährung wird häufig mit unzureichendem Wissen in Verbindung gebracht. Fehlende Bildung liegt jedoch nicht etwa an Faulheit oder fehlendem Interesse, sondern an mangelnder Zugänglichkeit. Der Staat Deutschland und auch die Stadt Berlin verfügen über ein funktionierendes Schulsystem, das allen Schüler:innen gleichen Zugang zu entwicklungsfördernden und meinungsbildenden Informationen und Kompetenzen bieten soll. Um eine Ernährungswende auszulösen und die Ernährungskrise abzuwenden, bedarf es umfassende Ernährungsbildung von klein auf in Kitas und Schulen und darüber hinaus. Auch für berufstätige Menschen muss es die Möglichkeit geben, sich über ökologische, gesunde, nachhaltige Ernährungsweisen zu informieren und das Gelernte praktisch umzusetzen. Nur durch Bildung in allen Schichten der Gesellschaft kann das Problem der Fehlinformation und Fehlernährung grundsätzlich angegangen werden.

Forderung 1: Integration von Ernährungsbildung in Schulalltag und Unterricht

Ernährungsbildung schafft die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung und Lebensweise. Die Art und Weise, wie jede:r sich ernährt, die Entscheidung, wo und vor allem was eingekauft wird, trifft jeder Mensch auf Grundlage seines Wissens. Phänomenen wie Lebensmittelverschwendung, zunehmende Adipositas bei Kindern und Jugendlichen, sowie kollektive Ernährung durch Fast Food und Fertigprodukte kann nur durch ausreichende Bildung entgegen gesteuert werden. In den Rahmenlehrplänen der Berliner Oberschulen wird Ernährung als Thema im Biologieunterricht erfasst, an integrierten Sekundarschulen zusätzlich als Praxisbereich im Fach WAT (Wirtschaft-Arbeit-Technik). Nach unseren eigenen Erfahrungen, sowie Erfahrungsberichten anderer Schüler:innen, ist Ernährungsbildung im Schulalltag jedoch kaum präsent (siehe Umfrage).

Wir fordern für alle weiterführenden Schulen:

- ausführliche, verpflichtende Unterrichtsinhalte zu den Zusammenhängen von Ernährung und Klima; Lebensmittelverschwendung; regenerative Landwirtschaft; Verfügbarkeit von Lebensmitteln; Globales Ernährungssystem; soziale Aspekte von Ernährungssystemen; Lebensmittelwertschöpfung; Hauswirtschaft
- kostenfreies Schulessen aus saisonalen, regionalen, ökologisch angebauten Lebensmitteln, sowie die eindeutige Ausschilderung dessen
- Einführung einer Mittagspause und dazugehöriger Räumlichkeiten, um ein angenehmes Klima zu schaffen, damit eine angemessene Wertschätzung von Nahrung stattfinden kann

- praktische Umsetzung der Unterrichtsinhalte, wie einen Schulgarten, Projektwochen, Kochkurse, Exkursionen, etc.
- finanzielle Förderungen außerschulischer Bildungsangebote zum Thema Landwirtschaft und Ernährung
- ausreichend geschultes Lehrpersonal durch Ernährungssoziolog:innen, Biolog:innen, Landwirt:innen, Bildungsreferent:innen etc.
- das Ausarbeiten und Vorlegen eines detaillierten Konzepts der o. g. Punkte, welches bis zum Schuljahr 2025 umgesetzt werden kann

Forderung 2: Lebensmittelpunkte fördern

Lebensmittelpunkte sind ein Konzept des Berliner Ernährungsrates, welcher bereits an der Berliner Ernährungsstrategie mitgearbeitet hat. Hier werden regionale Bio-Lebensmittel gehandelt, verarbeitet und gegessen. Somit bieten Lebensmittelpunkte einen geeigneten sozialen Lern- und Austauschort, an welchem alle Menschen, gleich welchen Alters, sozialen Hintergrundes, Einkommens, Geschlechts etc., das Wissen über eine gesunde und nachhaltige Ernährung praktisch vermittelt bekommen können. Allerdings fehlt es an der nötigen Förderung, um Lebensmittelpunkte in allen Kiezen aufzubauen und zu integrieren.

Daher fordern wir:

- Lebensmittelpunkte in jedem Bezirk beim Aufbau maßgeblich zu unterstützen
- Zugang zu den Lebensmittelpunkten für alle Menschen ungeachtet der (sozialen) Herkunft, des Alters, Geschlechts etc. zu gewährleisten
- den kulturellen Austausch in den Lebensmittelpunkten als wichtigen Beitrag zur Vielfalt Berlins anzuerkennen und zu fördern

Sozial-gerechtes Ernährungssystem

Kleinbäuerliche Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht und im landwirtschaftlichen Sektor fehlt es seit Jahren an Personal, denn der Beruf der Landwirt:in ist aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen und niedriger Löhne nicht attraktiv. Vorrangig ökologisch und nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe leiden unter den derzeitigen Subventionsbestimmungen. Bei der Verteilung von Fördergeldern wird unter anderem nicht berücksichtigt, dass in ökologischen Betrieben mehr Arbeit händisch bzw. weniger mit großen Maschinen gearbeitet wird und unter höherem Personalaufwand erfolgt.

Qualitativ hochwertiges, gesundes Essen und Biolebensmittel sind aufgrund von ungenügendem Wissen sowie mangelnder Kaufkraft größtenteils privilegierten Schichten vorbehalten. So sind etwa im Arbeitslosengeld II 34,7 Prozent des Gesamtbetrages für Lebensmittel vorgesehen - das macht nur 5,09 Euro pro Tag. Auch Expert:innen sagen, dass dies nicht genug ist, um sich gesund oder geschweige denn ökologisch zu ernähren. Auch beim neuen Bürgergeld stehen, wenn man den Prozentsatz übernimmt, nur 5,80 Euro pro Tag für Lebensmittel zur Verfügung, also nicht wesentlich mehr (Quelle 1 & 2). Personen aus einkommensschwachen Haushalten sind durch einen vermehrt ungesunden Lebensstil anfälliger für Erkrankungen und verfügen oft nicht über die erforderlichen Mittel und Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken.

Forderung 3: Faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft

Durch eine höhere Vergütung für Landwirt:innen würde der Beruf attraktiver und der Mangel an Personal verringert werden. Eine höhere Arbeitsbeteiligung in der Landwirtschaft würde zu einer besseren Koordinierung der Aufgaben und somit zu einer individuellen Entlastung führen.

Daher fordern wir:

- Berlins Einsatz auf Bundesebene für mehr Förderungen für regionale und ökologisch wirtschaftende Betriebe
- Berlins Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen für Arbeitende in der Landwirtschaft, insbesondere Saisonarbeiter:innen

Forderung 4: Allen Menschen Zugang zu gutem Essen ermöglichen

Gesunde und nachhaltige Lebensmittel müssen für alle Bürger:innen bezahlbar sein. Alle sollten die gleichen Voraussetzungen haben, sich gesund ernähren zu können. Der einkommensbedingte Kauf von Fertigprodukten ist ungerecht und sowohl aus ökologischer als auch aus gesundheitlicher Sicht muss dieses Problem angegangen

werden. Eine Überarbeitung der Lebensmittelsteuer würde Bürger:innen durch preisliche Anreize ermutigen, nachhaltige und gesunde Lebensmittel zu kaufen. Obst, Gemüse und andere gesunde und nachhaltige Lebensmittel sollten mit einem niedrigeren Mehrwertsteuersatz belastet werden. Vegane Ersatzprodukte wie "Hafermilch" dürfen auf keinen Fall einen höheren Steuersatz als 7 Prozent haben und konventionelles Fleisch sollte höher besteuert werden. Dadurch würde sich das Konsumverhalten der Bürger:innen nachhaltig verändern. Neben der Überarbeitung einer Mehrwertsteuer sollte über weitere Instrumente diskutiert werden, die dazu führen, dass Lebensmittel die wahren Kosten widerspiegeln. Das heißt, externe Kosten wie CO^2-Ausstoß, Wasserverbrauch, Pestizideinsatz, etc. sollten langfristig einbezogen werden, da sie sonst auf Kosten zukünftiger Generationen und des Planeten gehen.

Daher fordern wir:

- Berlin muss sich für eine Überarbeitung der Lebensmittelbesteuerung einsetzen und diese Anliegen auf Bundesebene tragen. Ziel ist es, dass Lebensmittel die wahren externen Kosten auch im Preis widerspiegeln
- Ebenso sollte sich Berlin für eine Anhebung der Regelsätze einsetzen, um die Mängel des Bürger:innengeldes auszugleichen und allen Menschen den Kauf gesunder Lebensmittel zu ermöglichen
- Die Stadt sollte sich für Regionalmärkte und Bioläden in allen Bezirken stark machen, damit der Zugang zu frischen, gesunden und ökologisch produzierten Lebensmitteln allen Berliner:innen möglich wird

Wertschöpfungskette Berlin/Brandenburg

Die Produktion von gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln muss entlang der gesamten Wertschöpfungskette praktiziert werden. Nur dann kann eine ökologische Ernährung sichergestellt, unsere Gesundheit und Umwelt ausreichend geschützt und eine ausgewogene Ernährung sowohl heute als auch in Zukunft sichergestellt werden. Das bedeutet, dass politisch an allen Stellen der Wertschöpfungskette angesetzt werden muss: von der Saatgutproduktion, dem Aufziehen und Ernten der Pflanzen, über Verarbeitung und Handel bis hin zum Verzehr und der Entsorgung von Essensresten. Hier muss die Berliner Politik deutlich mehr tun und sich mit anderen Entscheidungsträger:innen und Organisationen zusammenschließen.

Forderung 5: Lebensmittelverschwendung

Jährlich entstehen in Deutschland insgesamt ca. 11 Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle, welche sowohl in Privathaushalten, als auch in der Außer-Haus-Verpflegung entstehen (Quelle 3). Die Verschwendung von Lebensmitteln im gesamten Ernährungssystem vergrößert unnötig die landwirtschaftliche Produktion, welche negative Konsequenzen für das Klima und die Biodiversität zur Folge hat. Verantwortlich für die große Menge an Abfällen sind unter anderem falsche Lagerung, zu hohe Qualitätsstandards, irreführende Haltbarkeitsdaten und Regelungen, welche das direkte Wegwerfen noch genießbarer Produkte attraktiv machen.

Um diese Verschwendung zu stoppen, fordern wir:

- dass das Wegwerfen von Lebensmittel nicht günstiger sein darf, als deren Weitergabe an soziale Einrichtungen. Die hier geltenden Mehrwertsteuer-Regelungen müssen überarbeitet werden
- den Aufbau von Regelungen und Strukturen, die Gastronomie, Catering und Einzelhandel dazu bewegen, Lebensmittelabfälle zu reduzieren bzw. deren Weitergabe an Tafeln, etc. zu erleichtern
- die Förderung von Initiativen, welche zur Abgabe überschüssiger Lebensmittel zur Verfügung stehen, dazu gehören die Tafeln und insbesondere auch Lebensmittelpunkte
- eine Änderung der Regelung des Mindesthaltbarkeitsdatums (MHD), welche die Abschaffung des MHD für lang haltbare Produkte, wie beispielsweise Nudeln, Reis, Kaffee und getrocknete Hülsenfrüchte, beinhaltet
- die Entkriminalisierung des sogenannten Containerns, also das Retten von weggeworfenen Lebensmitteln aus Abfallcontainern

- eine schnelle Umsetzung des im Aktionsplans der Berliner Ernährungsstrategie unter 6.2 festgehaltenen Abfallvermeidungskonzepts, welches die hier erwähnten Forderungen einschließt

Forderung 6: Böden & Wasser als Ressource schützen

Unser Ernährungssystem ist gleichzeitig Treiber und Opfer von Biodiversitätsverlust, Wasserverschmutzung und Klimawandel. Ressourcen, wie Wasser, Böden und Nährstoffe sind endlich. Für die Bildung eines Zentimeters fruchtbaren Bodens vergehen 100 bis 300 Jahre. Die globale Landwirtschaft mit ihrer großen Flächennutzung trägt ein hohes Maß an Verantwortung, um diese Lebensgrundlage zu schützen (Quelle 4 & 5). Um die landwirtschaftliche Produktion nachhaltiger zu gestalten, muss der Schutz natürlicher Ressourcen gesichert werden.

Daher fordern wir:

- die Unterstützung und den Ausbau aufbauender und ressourcenschonender Landwirtschaft mit wasser- und bodenschonenden Methoden
- Berlins Einsatz auf Bundes- und EU-Ebene für die Subventionierung von Ökosystemleistungen in der Landwirtschaft und Fördergeldern abhängig der Arbeitskräfte statt abhängig der landwirtschaftlichen Fläche oder des Tierbestands
- die Verfügbarmachung von Flächen für aufbauende Landwirtschaft. Insbesondere Flächen, die der Stadt gehören, sollten nur an nachhaltig wirtschaftende Betriebe verpachtet werden
- die Förderung kleiner landwirtschaftlicher Strukturen

Forderung 7: städtische Flächen für Urban Gardening

Als eng besiedelter Ballungsraum hat Berlin begrenzte Möglichkeiten in der Umsetzung landwirtschaftlicher Projekte. Gerade deshalb ist es wichtig, vorhandene Möglichkeiten voll auszuschöpfen und Neues zu schaffen, um die Stadt lebendiger und lebenswerter zu gestalten und sich weiter in Richtung einer selbst versorgenden Stadt zu bewegen. Die nur etwa 4 Prozent der Fläche Berlins, die momentan landwirtschaftlich genutzt werden, sind teils in Gefahr, versiegelt zu werden. Gleichzeitig zeigt sich der klare Wille vieler Berliner:innen für eine grüne Stadt. In über 200 bestehenden Gartenprojekten und weitaus mehr Kleingarten-Parzellen nehmen viele Berliner:innen die Stadtbegrünung und -versorgung bereits selbst in die Hand (Quelle 6 & 7). Viele hiervon befinden sich jedoch nur in privilegierten Gegenden und sind nicht für alle gleichermaßen zugänglich.

Daher fordern wir:

- das aktive Aufgreifen und Voranbringen des 2018 beschlossenen Konzeptes für die Stärkung des Urban Gardening (Quelle 8) sowie die Ergänzung desselben um die folgenden Punkte:
    - eine stärkere Fokussierung auf Urbanes Gärtnern bei der Stadtplanung sowie mehr langfristig zur Verfügung gestellte städtische Flächen für Gartenprojekte
    - Förderung von Garten- und Bildungsprojekten mit finanziellen Mitteln, um etwa die notwendige Pflege sicherzustellen und Sachkosten zu decken
    - dabei die besondere Bemühung, oben genannte Projekte für alle Menschen zugänglich zu machen und alle interessierten Menschen an der Planung teilhaben zu lassen

Forderung 8: Zusammenarbeit mit Brandenburg stärken und Strukturen für regionale Wertschöpfungskette schaffen

Um die Berliner Bevölkerung nachhaltig und damit regional zu ernähren, muss neben urbanen Gärten auch das Brandenburger Umland hinzugezogen werden. Es hat etwa 1,3 Millionen Hektar Anbaufläche, von denen nur 0,5 Prozent für Gemüseproduktion genutzt werden, der Rest für Futtermittel, Exportgetreide und Energiepflanzen für Agrokraftstoffe. Brandenburg bietet die Möglichkeit, viele verschiedene Feldfrüchte anzubauen, tatsächlich wird hauptsächlich Mais, Raps und ähnliches in Monokulturen angebaut (Quelle 9 & 10). Das ist enorm schädlich für die Biodiversität, die Böden und die Wasserspeicher des Landes. Forschungsergebnisse zeigen, dass es möglich ist, Berlin und Brandenburg autonom zu ernähren, mit Kulturen, die hier angebaut werden können (Quelle 11). Im Licht aktueller Probleme wie Lieferengpässe ist ein resilientes Ernährungssystem nicht nur aus Klimaschutzgründen erstrebenswert.

Wir fordern:

- verstärkte Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg in der Ernährungsstrategie
- die Schaffung und Förderung von Strukturen regionaler Wertschöpfungsketten
- die Ausweitung und Unterstützung bereits bestehender Strukturen wie SoLaWis, Marktschwärmerein etc.
- die Unterstützung nachhaltig wirtschaftender und aufbauender Landwirtschaft in Brandenburg, sowie Aufbau von Vermarktungsstrukturen in Berlin
- Bildungs- und Beratungsangebote für die Umstellung zu nachhaltigen Wirtschaftsweisen
- Bemühungen, landwirtschaftliche Berufe für Berliner Jugendliche attraktiver zu machen: durch Praktika, Exkursionen, bessere Entlohnung in Ausbildung und Beruf

Ernährungswende in Berlin vorantreiben

Ernährung spielt in unser aller Leben eine große Rolle. Eine nachhaltige Ernährungs- und Agrarwende ist daher zwingend notwendig, um eine lebenswerte und sichere Zukunft zu ermöglichen. Momentan haben diese Themen trotzdem eine zu geringe Bedeutung und werden nicht ausreichend thematisiert und gelehrt. Hier fehlt ein konkreter Ort zum Austausch, zur Vernetzung und Forschung zur Ernährungswende, und es ist Aufgabe der Politik, einen solchen zu schaffen.

Forderung 9: ErnährungsCampus als zentraler Ort der Ernährungswende in Berlin

Ein solcher Ort kann in der Einrichtung eines ErnährungsCampus (EC) umgesetzt werden. Dieser wäre ein zentraler Ort für Austausch, Bildung und aktives Mitgestalten der nachhaltigen Ernährungswende. Der Berliner Ernährungsrat beschreibt die Idee des ErnährungsCampus wie folgt: *"An diesem Ort haben alle Zugang, können ihre Ideen einbringen, diskutieren, sich vernetzen, zusammen experimentieren und an Lösungen arbeiten. Hier treffen sich Wissensträger:innen mit vielfältigen sozialen und kulturellen Hintergründen, Perspektiven und Erfahrungen. Der ErnährungsCampus ermöglicht Begegnung und Austausch. Dafür bietet er unterschiedliche Veranstaltungsformate, Experimentierräume und Angebote* (Quelle 12). Hier soll der Berliner Bevölkerung alles rund um das Thema Ernährung und Lebensmittel näher gebracht, Berlins Rolle im Netzwerk der Deutschen Bio-Städte gestärkt und ihre Vorbildfunktion als Fairtrade-Town gefördert werden. Nachdem diese Forderung des Berliner Ernährungsrats 2021 in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde, arbeitet dieser weiter an dem Konzept eines ErnährungsCampus. Ab 2024 soll der Berliner Senat eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Ernährungscampus durchführen (Quelle 13).

Wir fordern:

- die Bereitstellung eines unbefristeten zentralen Ortes für den EC auf städtischer Fläche
- die Unterstützung des Ernährungsrats Berlin in der Planungsphase des EC
- eine zeitnahe politische Beschäftigung inkl. Beantwortung grundlegender Partizipationsfragen, die für die Erfolgssteigerung des EC nötig sind
- vollständige Transparenz und demokratische Teilhabe bei allen Entscheidungen zum EC (insbesondere bzgl. Ablauf und Ergebnisse der Machbarkeitsstudie)
- Aufbau nötiger Strukturen, wie Infrastruktur, Kooperationen und die Verfügbarmachung finanzieller Mittel

Abschluss Appell

Als Jugendrat haben wir uns in den letzten Monaten mit vielen Aspekten des Ernährungssystems beschäftigt und sehen insgesamt einen großen Handlungsbedarf. Gesellschaftlich bleibt das Thema oft hinter anderen zurück und wird auch in Schulen unzureichend behandelt. Unser Appell an die Politik ist klar: Es müssen viel größere Anstrengungen unternommen werden, um dies zu ändern! Ein nachhaltiges Ernährungssystem ist eine Existenz- und Sicherheitsfrage. Die Maßnahmen, die Sie heute treffen, werden darüber entscheiden, ob wir in Zukunft Zugang zu gesunden Lebensmitteln haben werden und ob unser Planet in der Lage sein wird, diese für uns zu produzieren.

Sie müssen jetzt alles dafür tun, das Ernährungssystem zu einem nachhaltigen zu machen und allen Bürger:innen den Zugang zu gesunden Lebensmitteln zu sichern! Es ist unsere Zukunft und unsere künftige Sicherheit hängt von Ihnen, den heutigen Entscheidungsträger:innen, ab.

Danksagung

Das Projekt des Jugendrates hätte ohne die Unterstützung einiger wichtiger Menschen und Institutionen nicht stattfinden und erfolgreich sein können.

Zunächst möchten wir dem Berliner Senat ganz herzlich für die finanzielle Unterstützung und das Möglichmachen des Projektes danken. Vielen Dank auch an alle Abgeordneten, die zu den Gesprächen gekommen sind und mit uns diskutiert haben. Wir hoffen, dass die Gespräche für Sie ebenso aufschlussreich waren wie für uns.

Außerdem bedanken wir uns bei allen externen Expert:innen, die uns in unseren Sitzungen besucht haben und die wir besuchen durften. Ihr habt uns unglaublich viel gelehrt und uns sehr in unserer Arbeit geholfen.

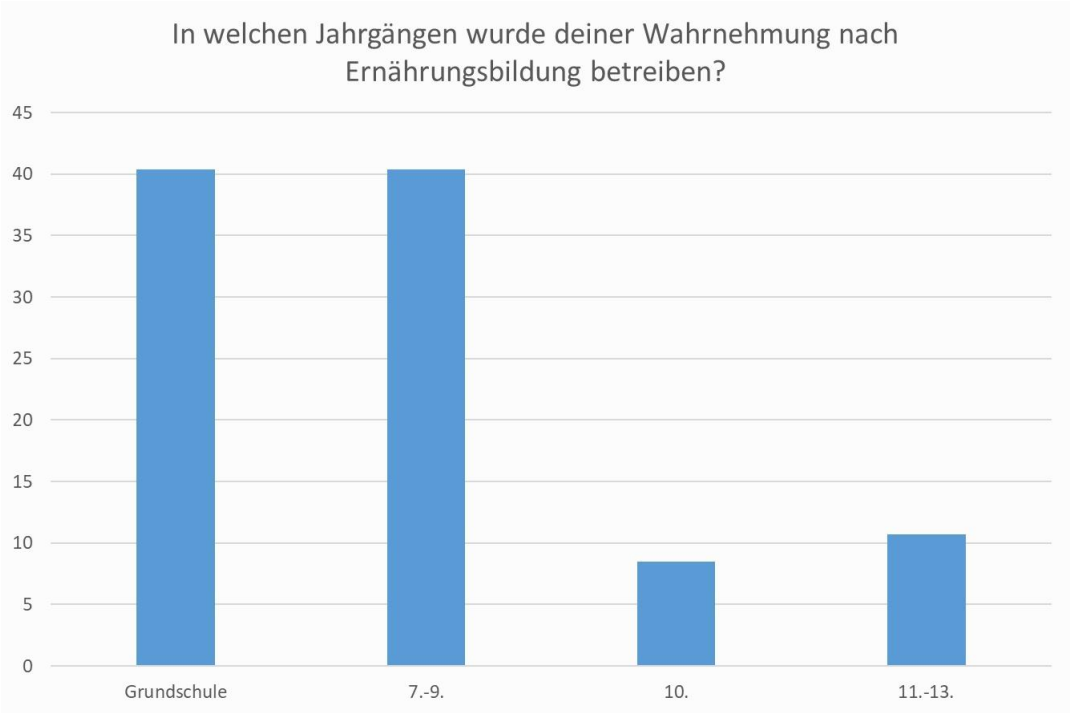
Weiter, ein herzliches Danke an den 2000m²-Weltacker, der für die Umsetzung des Projekts gesorgt hat und neben dem Jugendrat weitere unglaublich wertvolle Bildungsarbeit leistet.

Zuletzt ein riesiges Dankeschön an Leni, die dieses Projekt als Bildungsreferentin begleitet und koordiniert hat. Vielen Dank für deinen Einsatz, deine Motivation und deine inkludierende Leitung. Die Arbeit mit dir war inspirierend, befreiend und hat unglaublich Spaß gemacht!

Quellen

1. Alexander Eser-Ruperti (2022): Hartz IV und Gesundheit: Drei gesunde Mahlzeiten für fünf Euro bitte. In: Kreiszeitung.de. https://www.kreiszeitung.de/politik/hartz-iv-vier-4-und-gesundheit-drei-gesunde-mahlzeiten-fuer-fuenf-euro-bitte-alg-2-buergergeld-91360498.html (09.12.2022).
2. Yannick Wenig (2021): Expertin: Gesunde Ernährung mit Hartz 4 nicht möglich. In: Frankfurter Rundschau. https://www.fr.de/wirtschaft/hartz4-gesundheit-arbeitslosengeld-ernaehrung-geld-essen-gesund-frankfurt-ltt-90461334.html (09.12.2022)
3. BMEL (2022): Lebensmittelabfälle in Deutschland: Aktuelle Zahlen zur Höhe der Lebensmittelabfälle nach Sektoren. https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/lebensmittelverschwendung/studie-lebensmittelabfaelle-deutschland.html#:~:text=Im%20Juni%202022%20wurden%20vom,an%20die%20EU%2DKommission%20berichtet. (09.12.2022)
4. BMZ (o. J.): Ermährungssicherung. Nachhaltige Landwirtschaft. https://www.bmz.de/de/themen/ernaehrungssicherung/nachhaltige-landwirtschaft (09.12.2022).
5. Umweltbundesamt (o. J.): Boden. Landwirtschaft. https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft#strap1 (09.12.2022).
6. Google Maps (2015): Berlin Community Gardens. https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1rlH012vz7BiEaf-YXLWUsvmN6z0&ie=UTF8&hl=en&m&ll=52.50029937348356%2C13.374714499999971&z=11 (09.12.2022).
7. Bundesumweltamt (2021): Struktur der Flächennutzung. https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/struktur-der-flaechennutzung#die-wichtigsten-flachennutzungen (09.12.2022).
8. Berlin.de (2018): Urban Gardening in der Stadt verwurzeln. https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2018/pressemitteilung.767738.php (09.12.2022).
9. Marius Rautenberg (2022): Ernährung Berlins: Versorgung aus der Region möglich?. In: National Geographic. https://www.nationalgeographic.de/umwelt/2022/08/ernaehrung-berlins-versorgung-aus-der-region-moeglich (09.12.2022).
10. Deutsche Umwelthilfe (o. J.): Agrokraftstoffe. https://www.duh.de/agrokraftstoffe/ (09.12.2022).
11. Alexander Wenzel (2018): Berlins Ernährung der Zukunft: regional und bio?. In: Berlin im Wandel. https://berlin.imwandel.net/artikel/ernaehrung-regionale-bio-lebensmittel-berlin-brandenburg-studie-zalf/ (09.12.2022).
12. Ernährungsrat Berlin (2022): Ein ErnährungsCampus für Berlin. https://ernaehrungsrat-berlin.de/ernaehrungs-campus-berlin/ (09.12.2022).
13. Berlin.de (o. J.): Ein gemeinwohlorientierter ErnährungsCampus für Berlin. https://www.berlin.de/ernaehrungsstrategie/projekte/artikel.1268309.php (09.12.2022).

Anhang


In welchen Jahrgängen wurde deiner Wahrnehmung nach Ernährungsbildung betreiben?
45
40
35
30
25
20
15
10
5
0
Grundschule
7.-9.
10.
11.-13.

Wurde das Thema Ernährung ausführlich im Unterricht behandelt?
38 Antworten
Ja
Nur am Rande
86,8%
13,2%